Schwerter Zeitung

Bei unvorhergesehenen Betriebsstörungen, hervorgerufen durch höhere Gewalten, übernehmen wir keinerlei Gewähr für pünktliches Erscheinen der Zeitung und kann auch keinerlei Schadenersatz beansprucht werden.

Verbunden mit: Schwerter Tageblatt und Anzeiger
Schwerter Volkszeitung
Schwerter Volksblatt

Amtliches Kreisblatt für den Kreis Hörde.

Westholener Zeitung
Apierbecker Zeitung
Langscheder Zeitung
Holzwickeder Zeitung

Erstes und ältestes Tagesorgan des Kreises. — Generalanzeiger für den Kreis Hörde.

Die „Schwerter Zeitung" erscheint werktäglich. u. Hauptgeschäftsstelle, Druck und Verlag: Carl Braus. Telegr. Adr.: Braus, Schwerteruhr. Tel. 62. Postscheck: Dortmund 2852 Hannover 21874. Verantwortlich für Schriftleitung und Anzeigen: Hans Linner in Schwerte. Tel. 62.

Nr. 221 | Donnerstag, 20. September 1923 | 56. Jahrgang

Einzelnummer 1 500 000 Mk.

Zum Geleit.

Das Leben gleicht einem Buche. Toren durchblättern es flüchtig; der Weise liest es mit Bedacht, weil er weiß, daß er nur einmal lesen kann.

Jean Paul.

Neuigkeiten.

Im Reichstagsausschusse für soziale Angelegenheiten sollte die Neuregelung der Renten und Zulagen in der Unfallversicherung behandelt werden. In Anbetracht der gesamten politischen Lage und des fortwährenden Währungsverfalls nahm nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte der Ausschuß davon Abstand. Er wandte sich in vertraulicher Aussprache den sonstigen allgemeinen Fragen der Sozialversicherung zu.

•

Die Beamten- und Arbeiterorganisationen des Ruhrgebiets haben die Voraussetzungen, für die Aufhebung oder Einschränkung des passiven Widerstandes formuliert. Wie die „D. A. Z." hört, werden über diese Fragen z. Zt. Verhandlungen zwischen den Organisationen und der Reichsregierung geführt.

•

Im Keller des Reichswirtschaftsministeriums wurden drei Heizer besinnungslos aufgefunden. Sie waren durch giftige Kohlengase betäubt worden. Während es gelang, zwei von ihnen ins Leben zurückzurufen, ist der dritte im Krankenhaus gestorben.

•

Infolge der am 17. ds. Mts. eingetretenen Erhöhung der Zechenpreise ist eine entsprechende Heraufsetzung der Kleinhandelsverkaufspreise für Briketts und Kols erforderlich geworden. Darnach kosten ein Zentner Briketts ab Lager 17 620 000 Mark, frei Keller 49 360 000 Mark; ein Zentner Gaskohle ab Lager 116 910 000 Mark, frei Keller 119 370 000 Mark.

•

Gestern wurde in Berlin die Tochter des Kommunistenführers Rappaport von einem russischen Flüchtling schwer verletzt. Der Täter gab an, er habe Rappaport selbst töten wollen, ihn aber nicht angetroffen.

•

Die Mannesmannröhrenwerke in Rath bei Solingen haben am Montag den Betrieb geschlossen, weil, wie es in der Bekanntmachung der Direktion heißt, andauernd wilde Versammlungen der Arbeiter den Betrieb gefährden.

•

In Frankfurt a. M. sind innerhalb der letzten Tage nicht weniger als 17 Spielhöllen ausgehoben worden, die meistens von Erwerbslosen (!) gebildet werden, von denen eine große Anzahl Erwerbslosenunterstützung bezieht.

•

Das Kloster Grüssau in Schlesien ist in den Besitz der Benediktiner übergegangen. Das bedeutet den Abschluß langjähriger Verhandlungen zwischen dem preußischen Staat und der katholischen Kirche.

•

In Plauen kam es am Sonntag zwischen zurückgekehrten Teilnehmern am Deutschen Tag in Hannover und proletarischen Hundertschaften, die ihnen den Weg versperrten, zu einer Schlägerei, wobei es 6 Verwundete gab, die ins Krankenhaus eingeliefert wurden.

•

In einer Tübinger Klinik verstarb etwa 50 Jahre alt eine Lehrersgattin aus Aalen. Eine Pflegerin hatte zwei Arzneien verwechselt und ihr die falsche eingegeben. Trotz den Bemühungen der Aerzte konnte die Frau, die schon auf dem Wege der Genesung war und ihren Angehörigen ihre Rückkehr in Aussicht gestellt hatte, nicht mehr gerettet werden.

In der philosophischen Fakultät der Jenaer Universität wurde Frau Dr. Anna Stiemsen, Oberschulrat für die Allgemeinvolksschulen des Gebietes Jena-Weimar, zum Honorarprofessor ernannt. (Der erste weibliche Prof. der Universität Jena).

•

Bei der Notlandung eines deutschen Flugzeuges auf belgischem Gebiet sollen in den an Bord befindlichen Paketen 5,500 Milliarden Papiermark gefunden worden sein.

•

Der päpstliche Nuntius Pacelli ist am Sonntag abend nach Berlin abgereist.

•

Botschafter Graf Brockdorff-Rantzau ist in Helsingfors eingetroffen und nach Moskau weitergereist.

•

In den nächsten Tagen treffen einige Mitglieder des italienischen Parlaments, die sich auf einer Studienreise befinden, in Memel ein, um sich mit den wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen bekannt zu machen.

•

Die deutsch-europäische Gesellschaft bittet, mitzuteilen, daß entgegen anderslautenden Gerüchten der internationale Kongreß wie festgesetzt, vom 21. bis 26. September in Magdeburg stattfindet.

•

Das Befinden der an typhusähnlichen Erscheinungen erkrankten italienischen Prinzessin Mafalda hat sich in besorgniserregender Weise verschlimmert. Der Kronprinz, der sich nach Neapel begeben hatte, wurde dringend aufgefordert, sofort nach Raccionigi zurückzukehren.

•

Wie der „Reichspost" vom Brenner gemeldet wird, ist eine von einer Uebung zurückkehrende Abteilung italienischer Alpenjäger durch österreichisches Gebiet marschiert.

•

Nach Abschluß der Tagung des Völkerbundes in Genf sollen Unterhandlungen zwischen Budapest und Belgrad zum Zweck eines Wirtschaftsabkommens eingeleitet werden.

•

Am letzten Sonntag brannte das Gebäude des schweizerischen Meßhauses am badischen Bahnhof in Basel ab. An der Halle fand gegenwärtig eine Messe nicht statt.

•

Die Angestellten sämtlicher Wiener Kinos befinden sich seit Samstag wegen Lohnstreitigkeiten im Streik. Bisher ist eine Einigung nicht erzielt worden. Sämtliche Wiener Kinos sind geschlossen.

•

In Zarizin, Tula und in den Moskauer Textilsowjettrusts sind Streiks ausgebrochen.

•

Nach einer Meldung der Russischen Telegraphen-Agentur beruft die geschäftsführende Gruppe der Menschewiki in Moskau zum Dezember einen allrussischen Parteitag ein.

•

Die bolschewistische Bewegung in Norwegen soll vor einem Zusammenbruch stehen. Eine Spaltung zwischen Moskau und den norwegischen Arbeiterführern scheint unumgänglich.

•

Die Affäre der dänischen Landmannsbank wird jetzt in der ersten Instanz vor dem höchsten Gericht in Kopenhagen verhandelt. Der dänische Gesandte in Paris, Kammerher Bernhoff, wurde als Zeuge vernommen.

•

In politischen Kreisen Christianias vermutet man eine Ministerkrise beim nächsten Zusammentreten des Storthing. Der Grund ist die verschiedene Stellungnahme zur Kornfrage.

•

Der dänische Finanzminister wird zu Beginn der nächsten Reichstagssitzung Mitte Oktober einen Vorschlag über die Revision der Zollgesetzgebung vorlegen.

•

Die neue Goldwährung.

Eine Währungsbank als Uebergangsmittel.

Programmatische Erklärungen Hilferdings.

Aus dem Reichsfinanzministerium wird den „Leipz. N. N." mitgeteilt, daß die Arbeiten für die Schaffung eines wertbeständigen Geldes so weit gefördert sind, daß der fertige Entwurf nunmehr vorliegt. Die Reichsbank wird von den Staatsfinanzen völlig losgelöst und dadurch in den Stand gesetzt werden, die Funktionen einer Geldnotenbank für das Wirtschaftsleben in vollem Umfange zu erfüllen. Reichsschatzscheine werden bei der Reichsbank nicht mehr diskontiert, so daß eine ungedeckte Vermehrung des Papiermarkumlaufs nicht mehr stattfindet. Für eine Uebergangszeit bis zur Balanzierung des Reichshaushalts gibt eine neu zu schaffende Währungsbank Noten aus, die durch eine Goldverpflichtung der Privatwirtschaft (Landwirtschaft, Industrie, Handel und Banken) auf Grund des Wehrbeitragswertes sichergestellt werden. Diese Noten werden gesetzliches Zahlungsmittel. Die Papiermark wird Scheidemünze der neuen Note, in der sie zu einem bestimmten Kurse einlösbar sein wird. Gleichzeitig wird nach einem bereits vorliegenden Finanzprogramm der Regierung die stärkste Einschränkung der Ausgaben im öffentlichen Haushalt erfolgen. Bei der Wertbeständigkeit der Einnahmen wird eine größere Ergiebigkeit der Steuerquellen und damit eine fortschreitende Deckung der Ausgaben erzielt werden.

Zu dieser Mitteilung der Regierung gab Reichsfinanzminister Dr. Hilferding noch einige Erläuterungen: Es wird bei der gegenwärtigen Entwicklung unserer Wirtschaftsverhältnisse nur möglich sein, eine wertbeständige Währung zu schaffen, wenn das Defizit im Reichshaushalt beseitigt wird oder in absehbarer Zeit beseitigt werden kann. Während im Frieden der Goldumlauf rund 5 Miliarden betrug, stellt

der heutige Papiergeldumlauf in Gold umgerechnet etwa 100—150 Goldmillionen

dar. Daß die deutsche Volkswirtschaft heute mit diesem geringen Betrag auskommt, ist wohl darauf zurückzuführen, daß sich der Umlauf in außerordentlich schnellem Tempo vollzieht, außerdem weil ein ganz erheblicher Teil von Devisen innerhalb der Wirtschaft vorhanden ist.

Anders liegt es dagegen bei der Staatswirtschaft. Hier haben sich die Ausgaben ständig vermehrt und die Einnahmen ständig unter dem Einfluß der Geldentwertung gelitten. Aus diesem Grunde wurde ein Programm geschaffen, mit dem es möglich erscheint, in bestimmter Zeit zur Deckung des Defizits zu gelangen. Bis zu dieser Zeit, so betonte Dr. Hilferding, muß die schärfste Einschränkung der Ausgaben erfolgen. Unter dieser Voraussetzung könne man aber annehmen, daß bei einer gewissen Stabilisierung der Wirtschaft die Ausgaben in die Einnahmen hineinwachsen und ein Gleichgewicht so hergestellt wird. Da das Reich seine Schatzwechsel nicht mehr bei der Reichsbank diskontiert, kann sich die Menge des Papiergeldes nicht mehr vermehren und die Entwertung der Mark muß aufhören. Die Reichsbank wird also wieder, wie im Frieden, die Funktionen einer reinen Goldnotenbank ausüben können. Für die Uebergangszeit, die der Reichsfinanzminister auf drei bis vier Monate berechnet, die notwendig ist für die Beschaffung der Betriebsmittel, soll die oben erwähnte Währungsbank gegründet werden, die bestimmte Einnahmen aus der Wirtschaft verlangt und die dem Reich die notwendigen Noten zur Verfügung stellt, deren das Reich zur Deckung seiner Ausgaben braucht.

Die Goldverpflichtung der Wirtschaft

wird vielleicht nicht mehr als 5 Prozent betragen. Sie wird nach dem Wehrbeitragswert jedem privaten Wirtschaftsunternehmen auferlegt, wird also eine völlig gleichmäßige Belastung darstellen. Außerdem wird am Schluß dieses Jahres durch eine neue Vermögenssteuerveranlagung auch der Kreis jener Personen erfaßt werden, der erst neuerdings sein Vermögen erworben hat.

Für die Uebergangszeit werden von diesem beabsichtigten Währungssystem zwei Geldsorten existieren. Die Währungsbank wird nur so viel Noten ausgeben dürfen, als das Reich zur Deckung seiner Ausgaben bedarf. Die Papiermark wird möglicherweise durch Denomination von der neuen Währung aufgefangt werden. Die Reichsbank wird neben den Noten festverzinsliche Obligationen ausgeben, die eine Goldrente darstellen. Ob der Entwurf als Gesetz oder Verordnung Gültigkeit erlangen wird, hängt von der auf Mittwoch angesetzten endgültigen Besprechung mit den zuständigen Stellen und vom Reichskabinett ab. Da die neuen Noten gesetzliches Zahlungsmittel sind, müssen auch die Steuern in neuen Noten gezahlt werden.

Nach dem Projekt der Regierung sollen also **künftig drei verschiedene Zahlungsmittel** nebeneinander bestehen, nämlich

1. das von der besonderen Währungsbank auf Grund von Goldverpflichtungen der Erwerbsstände ausgegebene Sachwertgeld, das allein als gesetzliches Zahlungsmittel fungieren wird,
2. die bisherige Papiermark, die ihrer Funktion als gesetzliches Zahlungsmittel entgleitet werden und nur als Scherdemünze Verwendung finden soll und
3. für später die Goldnote, die von der zur Goldmarkbank umgewandelten Reichsbank nur gegen Einreichung von Goldwechseln ausgegeben und durch Gold oder Devisen gedeckt wird.

Diese Goldnote erhält vorläufig nicht den Charakter als gesetzliches Zahlungsmittel, ebenso wie auch die Noten der alten Reichsbank zwischen den Jahren 1873 bis 1909 kein gesetzliches Zahlungsmittel darstellten. Die Goldnoten der Reichsbank werden, abgesehen von den Goldwechseln, auch durch effektives Gold und Devisen gedeckt sein. Wie hoch diese Deckung sich belaufen wird, kann im Augenblick noch nicht angegeben werden, doch besteht bei der Regierung die Absicht, eine höhere als die Drittteldeckung vorzunehmen.

Der Reichsfinanzminister schätzt den dafür erforderlichen Betrag auf 1 Milliarde Gold. Man geht dabei von der Voraussetzung aus, daß sich die Goldnote erst das Vertrauen der Wirtschaft erobern und deshalb besonders gut fundiert sein muß. Während die Goldnote das Zahlungsmittel für den wirtschaftlichen Großverkehr ist, wird die zu schaffende Sachwertnote das Finanzierungsmittel des Reiches und um diese Funktion erfüllen zu können, das gesetzliche Zahlungsmittel werden, das auch dazu bestimmt ist, im breiten Publikum, also im kleingeschäftlichen Verkehr, bei Gehalts- und Lohnzahlungen überwiegend umzulaufen. Das Sachwertgeld wird dann wieder aus dem Verkehr verschwinden, wenn die Ligidation der Währungsbank vorgenommen werden kann, das heißt, dann, wenn der Budgetausgleich erreicht ist. Zu diesem Zeitpunkt wird, wie bereits gesagt, eine Umwandlung der Sachwertnote in eine wirkliche Goldwährung schon jetzt in Aussicht genommen.

•

Die neue Danziger Währung.

Danzig, 18. Sept. Nach der Danziger Zeitung würden als Vorläufer der neuen Danziger Währung am Freitag Industrieschecks zur Ausgabe gelangen. Es sollen Scheine von 10, 20, 50 Goldpfennigen, 1, 2, 2,10 (= ½ Dollar) und 4,20 ℳ (= 1 Dollar) ausgegeben werden.

Die russische Goldwährung.

Die Mark kommt dem Rubel, der mit 300 Millionen für den Dollar gehandelt wird, bedenklich nahe. Ein Kenner des neuen Rußlands schreibt: Die deutsche Papiermarkwährung ist zusammengebrochen und so gut wie erledigt. Die Reichsregierung bemüht sich, eine neue Goldwährung zustandezubringen, wie sie im — kommunistischen Rußland nun schon seit bald einem Jahre neben dem grenzenlosen Papier-Unglück besteht. So wenig allerdings der neue Goldrubel, der Tscherwonez aus der „Sowjethölle" ein Paradies machen konnte so wenig wird Deutschland durch eine neue Währung über Nacht aus allen Nöten herauskommen. Aber es ist wichtig und nützlich, sich die Entwicklung der russischen Währungsreform genau anzusehen.

Als im bolschewistischen Sowjetreiche der freie Handel wieder eingeführt wurde, da war der erste Schrei dieses Neugeborenen der Ruß nach Kredit. Um dem Kreditbedürfnis entgegenzukommen, wurde am 12. Oktober 1921 die russische Staatsbank gegründet. Sie begann ihre Tätigkeit mit Papiergeld, das ihr vom Moskauer Schatzamte zur Verfügung gestellt wurde. Scheinmann, der Präsident der Staatsbank, hat uns bei seinem letzten Berliner Aufenthalt mit väterlichem Schmerze von den Kinderkrankheiten seiner „Firma" erzählt. Es bestand zunächst keine Banktechnik, kein Ueberweisungsverkehr. Es herrschte vollständige Anarchie. Vor allem war kein wertbeständiges Geld vorhanden, und ohne dieses war ein gesunder Kredit unmöglich. Man mußte also Goldgeld machen. Die Staatsbank versorgte sich im ersten Geschäftsjahr mit Goldmünzen, Goldbarren und ausländischer Edelvaluta, um einen Fonds zur Deckung der Banknotenausgabe zu bilden. Das war kein leichtes Stück Arbeit.

In zäher Tätigkeit mußten die von der verschüchterten Bevölkerung versorgt gehaltenen Goldwerte herausgelockt werden. Dies geschah nicht durch die Diktatur eines Devisenkommissars, nicht durch die Peitsche der Verordnungen, sondern durch das Zuckerbrot kaufmännischer Vorteile. Allein aus gehamsterten Beständen hat die russische Staatsbank in einem Jahre rund 21 Millionen Goldrubel in ihre Kassen gezogen. Nachdem dies erreicht war, arbeitete die Staatsbank einen Gesetzentwurf über die Banknotenemission aus, und am 11. Oktober 1922 nahm der Rat der Volkskommissare das Gesetz über das Emissionsrecht der Staatsbank an. Die Bank hat also seit bald einem Jahre das Recht, wertbeständige Banknoten herauszugeben. Damit kommen wir zum neuen Goldrubel. Die Banknoten sind im Werte von 1, 2, 3, 5, 10, 25 und 50 Tscherwonezen gedruckt. 1 Tscherwonez ist gleich 1 Solotnik und 78,24 Doljei reines Gold oder 10 Rubel der früheren russischen Regierung. Diese Noten sind soweit sie zur Förderung von Handel und Industrie ausgegeben werden, zu einem Viertel durch Edelmetalle und stabile ausländische Valuten, im übrigen durch leicht realisierbare Waren, kurzfristige Wechsel und andere kurzfristige Schuldverschreibungen sichergestellt.

Erfolgt die Ausgabe der Goldbanknoten aber für Zwecke der Regierung, so muß die Deckung zu je 50 Proz. in Edelmetallen und Schuldverschreibungen des Finanzkommissariats bestehen. Die Banknoten sind vorläufig uneinlösbar, doch wird vorausgesetzt, daß in Zukunft die Regierung sie gegen Gold einlösen wird. Nach § 5 des genannten Gesetzes wird der Termin, an welchem die Einlösung der Banknoten gegen Gold beginnen soll, durch einen speziellen Regierungserlaß festgesetzt. Um den Umlauf der Banknoten zu fördern, werden sie nach ihrem Nominalwert in allen Fällen angenommen, in denen die Gesetze Zahlung in Gold verlangen. Nun die volkstümliche Wirkung des Tschernowez: In den neuen russischen Sparkassen werden die Einlagen der Bevölkerung doppelt gebucht, in Sowjetrubeln und in Goldrubeln. Rußland hat also zurzeit eine Doppelwährung und die Sparlätigkeit ist wieder mächtig angeregt.

Das Dekret der Volkskommissare über die Einrichtung der staatlichen Arbeits-Sparkassen ist am 26. Dezember 1922 erschienen. Am 1. Februar wurden solche Sparkassen in Moskau und Petersburg eröffnet. Ihnen folgten die anderen wichtigen Städte und Fabrikzentren, sodaß Anfang Juli schon 27 Sparkassen bestanden. Die Gesamtguthaben der Einleger sind in sechs Monaten um fast das Neunzigfache gestiegen, während der Geldwert in dieser Zeit, am Dollarkurse gemessen, nur um das Dreifache gesunken ist. In Rußland spart man wieder, weil man den Tschernowez hat. Deutschland wird an seiner neuen Goldanleihe genesen, wenn man es versteht, sie volkstümlich auszumünzen.

Roggenwertanleihe.

Dessau, 18. Sept. Die anhaltische Staatsregierung hat dem Landtage einen Gesetzentwurf über die Aufnahme einer weiteren Roggenwertanleihe in Höhe von 50 000 Zentnern vorgelegt. Die durch die Anleihe aufgebrachten Mittel in Höhe von mehreren Billionen sollen vorzugsweise der produktiven Erwerbslosenfürsorge dienen. Die Anleihe wird nicht zur Zeichnung aufgelegt, sondern nach Bedarf an der Berliner Börse verwertet.

Wesentliche Einschränkung der Ausfuhrkontrolle.

Außerkraftsetzung aller bisherigen Ausfuhrverbote. Die Ablieferung von Exportdevisen.

Berlin, 18. Sept. Die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse haben eine **wesentliche Einschränkung der Ausfuhrkontrolle** erforderlich gemacht. Eine Bekanntmachung der zuständigen Ministerien setzt daher mit Wirkung vom 27. September 1923 alle bisherigen Ausfuhrverbote außer Kraft und bringt eine **neue Liste der Waren,** die in Zukunft noch einer Ausfuhrbewilligung bedürfen. Danach sind alle nicht in dieser Liste erwähnten Waren nunmehr ausfuhrfrei, d. h., sie bedürfen keiner Ausfuhrgenehmigung mehr. Damit entfällt auch die Ausfuhr in der erleichterten Form der Bekanntmachung des Reichskommissars für Aus- und Einfuhrbewilligungen vom 19. Mai 1923 mit Devisenablieferungserklärungen.

Die neue Verbotsliste umfaßt im wesentlichen nur noch **Nahrungsmittel, Rohstoffe** und gewisse **Halbfabrikate,** an denen die deutsche weiterverarbeitende Industrie besonders interessiert ist. Ausfuhranträge für diese Waren sind vorerst an die bisher zuständig gewesenen Bewilligungsstellen zu richten. Für die nunmehr ausfuhrfreien Waren sind keinerlei Bewilligungspapiere mehr erforderlich. Es wird jedoch darauf hingewiesen, daß wie bisher auch bei ausfuhrfreien Waren die grünen statistischen Scheine und die Ausfuhrerklärung den Versandpapieren beizufügen sind. Mehr als bisher ist aber zum Schutze der Währung erforderlich, daß alle Ausfuhrgegenwerte in hochwertiger Valuta ins Inland überführt und soweit irgend möglich an die Reichsbank abgeliefert werden.

Nachdem infolge der starken Einschränkung des Ausfuhrverbotes dieses Ziel nicht mehr mit den Mitteln der Außenhandelskontrolle erreicht werden kann, wird durch eine gleichzeitig veröffentlichte Verordnung auf Grund des Notgesetzes die **Fakturierung und Zahlung von Exportwaren in hochwertiger Valuta,** sowie die Verwendung der Gegenwerte im Interesse der deutschen Wirtschaft und auch die Ablieferung an die Reichsbank vorgeschrieben. Grundsätzlich soll **die Preisstellung in der Währung des Empfangslandes** erfolgen. Unabhängig davon sind aber allgemein die vier international gebräuchlichen Währungen, der Dollar, das Pfund, der holländische Gulden u. der Schweizer Franken zugelassen. Als Mindestsatz der Ablieferung sind durchweg 30 v. H. der Exportdevisen vorgeschrieben. Dem durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 7. September eingesetzten Kommissar für Devisenerfassung ist jedoch das Recht vorbehalten worden, diesen Prozentsatz zu ändern, sowie überhaupt nähere Bestimmungen zur Sicherstellung der mit der Verordnung beabsichtigten Zwecke zu erlassen. Drch diese Neuregelung wird die Erfassung von Exportdevisen wirksamer gestaltet und die Ablieferungskontrolle insbesondere auch auf alle ausfuhrfreien Waren erstreckt, was bisher nicht möglich war.

Es ist noch darauf hinzuweisen, daß alle anderen Ausführverbote und sonstigen für die Ausfuhr geltenden Bestimmungen, soweit sie auf anderer Rechtsgrundlage als der Verordnung über die Außenhandelskontrolle beruhen, wie zum Beispiel für Kriegsgerät, Opium, Fiebertermometer, unberührt bleiben.

Ueber ein Dutzend deutsche Angebote zurückgewiesen.

Das Weißbuch über Deutschlands Erfüllungswillen.

Dem Reichstag ist ein Weißbuch über die deutschen Angebote in der Wiedergutmachungsfrage zugegangen. Es enthält die den Alliierten seit Waffenstillstand übermittelten deutschen Angebote und Vorschläge zur Lösung der Reparations- und Wiederaufbaufrage im deutschen Text und in französischer und englischer Uebersetzung.

Das erste Angebot vom 29. Mai 1919 wurde durch die Mantelnote der Friedenskonferenz abgelehnt.

Das Angebot vom 12. Juni 1920 in Spaa sollte durch eine Prüfung durch eine Kommission in Genf erledigt werden. Diese Konferenz hat niemals stattgefunden.

Die deutschen Gegenvorschläge auf der Londoner Konferenz vom 1. März 1921 wurden am 8. März 1921 durch Lloyd George zurückgewiesen.

Dasselbe Schicksal hatte das Angebot vom 7. März 1921 in London.

Das Angebot von 50 Milliarden Goldmark vom 24. April 1921 wurde durch Note der Regierung der Vereinigten Staaten vom 3. Mai 1921 als eine für die alliierten Regierungen nicht annehmbare Verhandlungsgrundlage bezeichnet.

Das in der Rede Rathenaus in Cannes gemachte Angebot vom 12. Januar 1922 blieb infolge des Abbruches der Konferenz und des Beschlusses der Reparationskommission vom 13. Januar 1922 unberücksichtigt.

Die Vorschläge vom 28. Januar 1922 wurden durch die Reparationskommission am 21. März 1922 in einer Art beantwortet, die dem deutschen Standpunkt nur ungenügend Rechnung trug.

Der Vorschlag für eine Stabilisierung der Mark vom 4. November 1922 und die Note der deutschen Regierung von 8. November 1922 blieben ohne sachliche Antwort.

Ein Angebot vom 14. November 1922 zur Wiederherstellung der deutschen Reparationsfähigkeit wurde abgelehnt.

Durch die Note vom 26. Januar 1923 wurde das Londoner Ultimatum wieder in Kraft gesetzt.

Das Angebot Cunos an Bonar Law vom 9. Dezember 1922 wurde durch letzteren für nicht befriedigend erklärt.

Das letzte Angebot vom 2. Mai 1923 nebst dem Memorandum vom 7. Juli 1923 sind bisher einer Antwort nicht gewürdigt worden.

Ebenso sind von deutscher Seite ohne Erfolg Angebot über Angebot ergangen, an dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete praktisch mitzuwirkn.

Die Kohlenlieferungs-Verhandlungen mit Frankreich gescheitert.

TU. **Koblenz,** 18. Sept. In Koblenz haben Verhandlungen zwischen der Rheinlandkommission den Gemeinde- und Industrie-Vertretern über die Wiederaufnahme der nicht für Frankreich in Betracht kommenden Produktionen des besetzten Gebietes stattgefunden. Diese Verhandlungen sind gescheitert, insbesondere die Fragen in der Kohlenlieferung und der Zahlung der Kohlensteuer. Die Franzosen glauben, daß sie es nicht mehr nötig hätten, Konzessionen zu machen, da wir sie ihnen freiwillig von selbst anbieten.

Die deutschen Botschafterposten in Paris und Brüssel.

In der Frage einer Wiederbesetzung der diplomatischen Posten des Deutschen Reiches in Paris und Brüssel hat das Reichskabinett, wie wir hören, vor einiger Zeit den grundsätzlichen Beschluß gefaßt, diese Posten wieder zu besetzen. Darüber hinaus ist man auch in Besprechungen über die Personenfrage eingetreten. Wie man uns aber hierzu mitteilt, hat die tatsächliche Ernennung der diplomatischen Vertreter für die genannten Städte nur dann einen Zweck, wenn die Vertreter die Möglichkeit hätten, mit den dortigen Regierungen auf irgendeine Verhandlungsbasis zu treten. Eine solche Basis aber ist bis heute noch nicht gegeben. Bevor sie nicht gefunden ist, hat die Besetzung nach Ansicht der Reichsregierung keinen Zweck.

Reichskanzler Dr. Stresemann über Japan.

TU. **Berlin,** 18. Sept. Reichskanzler Dr. Stresemann betonte in einer Unterredung mit einem japanischen Pressevertreter, daß Japan nach wie vor eine Großmacht sei und daß er und alle ehrhaften Leute hier vollständig von Japans baldigem Wiederaufbau überzeugt sei. Er sei weiterhin überzeugt, daß die jetzige japanische Regierung die Situation gut meistere und daß ein energisches, fleißiges Volk, wie die Japaner, der Welt bald aufs neue beweisen werden, welche ungeheuren materiellen, kulturellen und geistigen Kräfte diesem Volke innewohnen. Der Kanzler mißbilligte die Uebertreibung, die ein Teil der deutschen Presse aus ausländischen Blättern übernommen hatte.

Ein Ernährungsdiktator für Bayern.

München, 18. Sept. Nach Blättermeldungen ist die Ernennung eines Ernährungsdiktators für Bayern in Aussicht genommen worden, dem die Befugnis erteilt werden soll, alle Maßnahmen zu treffen, die erforderlich sind, um die Ernährungsverhältnisse in Bayern so erträglich zu gestalten, wie es angesichts der ganzen Wirtschaftslage überhaupt möglich ist. Als Diktator soll eine im Wirtschaftsleben weltbekannte Persönlichkeit in Aussicht genommen sein. Eine amtliche Bestätigung dieser Nachricht war nicht zu erhalten.

Das Forsthaus im Teufelsgrund.

Detektiv-Roman von F. Eduard Pflüger.

40 (Nachdruck verboten.)

Ein furchtbarer Tränenstrom durchschütterte die schlanke Gestalt der schönen Gefangenen. Rechenbach war verstummt. Der Ausbruch dieser gepolterten Seele hatte ihn aufs tiefste erschüttert. Gab es denn keinen Weg, der zum Heil führte? Es mußte einen geben.

„Willst du mir versprechen, Hertha, daß du keinen Versuch machen wirst Hand an dich zu legen, wenn ich deinen Willen erfülle?"

„Ich will's versprechen und Gott vertrauen, daß er uns einen Ausweg finden läßt."

„Dann bitte, diktiere mir die Depesche."

„O du teuer, du einzig geliebter Mann!"

Sie sank vor ihm auf die Knie und ehe er's verhindern konnte, küßte sie seine Hände. Dann aber hob er sie zu sich empor, drückte ihr tränenüberströmtes Antlitz an seine Brust und überschüttete sie mit heißen Küssen. Er führte sie zu ihrem Sitz zurück, zog seine Brieftasche und wartete, daß sie ihm den Text der Depesche diktieren sollte.

„Du wirst mich nicht unglücklich machen und ihn ausliefern?"

Er sah sie vorwurfsvoll an und sie fuhr fort, betroffen von seinem Blick:

„Ich will kein Versprechen von dir fordern, ich will dir ganz vertrauen. „Erich von Winkelmann, Frankfurt, Grüneburgweg 6. Alles verloren, ich verhaftet, Professor unter Polizeiaufsicht, flüchte." Das ist der Text der Depesche, nun chiffriere. Setze für jeden Buchstaben den vorher gehenden, also statt B, A, statt C, B und schicke es ab."

„Verlaß dich auf mich und Gott verzeihe mir, wenn ich etwas Unrechtes tue, ich tu's für dich, für unsere Liebe, für unser Glück."

Er umarmte sie heiß und innig und eilte hinaus.

XII.

Indes Breitschwert erwog, ob Lamprecht sich allein in der Gegend der Ruinen herumgetrieben habe, oder ob ein Gehilfe den Schuß durchs Fenster abgefeuert und dann die Büchse in dem Wagen Herthas verborgen habe, vereitelte Rechenbach durch das Telegramm den ganzen künstlichen Aufbau des kühnen Detektivs.

Der Doktor lag lang ausgestreckt auf dem Divan und hielt die Augen geschlossen, ein Zeichen, daß er in das tiefste Nachdenken versunken war. Alle Möglichkeiten ließ er vor seinem geistigen Auge vorüberziehen. Die erste war, daß Lamprecht selber den Schuß abgefeuert und die Büchse in Herthas Wagen verborgen hatte, in der sicheren Voraussetzung, daß das junge Mädchen noch nicht kompromittiert sei, man sie also auch unbehelligt würde ziehen lassen. Die Tatsache aber, daß sie verhaftet wurde und wie ja klar war, unter dem Verdacht des versuchten Mordes verhaftet, ließen den Professor, der das schöne Mädchen mit rasender Leidenschaft liebte, alle Vorsicht über Bord werfen und sich persönlich im Forsthause einstellen, um sie zu befreien. Aber war Lamprecht so unklug, daß er nicht wenigstens Herthas Verdächtigung in den Kreis seiner Berechnung gezogen hatte? Konnte er Breitschwert für so ungeschickt halten, daß er nicht das zweimalige Auftauchen der jungen Dame mit Mißtrauen betrachten werde?

Man muß immer das Natürliche auch für das Richtige annehmen und überzeugt sein, daß der Gegner eben so klug ist, wie man selbst, sagte sich der Doktor und verwarf die erste Möglichkeit. Professor Lamprecht hätte schon, durch seine Liebe bestimmt, nie einen Schritt getan, der Hertha kompromittieren mußte und daß ein abfahrender Wagen nicht undurchsucht weiter kommen könnte, das mußte ihm klar sein. Der notwendige Schluß dieser Ueberlegung war, der Professor hatte einen Gehilfen mit in den Teufelsgrund gebracht, vielleicht eine jener Existenzen, die, berauscht von den anarchistischen Ideen, blind gemacht von der Wut gegen die bürgerliche Gesellschaft, jeden Augenblick den Tod eines Polizisten wie Breitschwert mit dem eigenen Kopf zu bezahlen bereit sind. Wahrscheinlich hatte Lamprecht nur das Gespenst gespielt, um die Fahnder von den Genossen abzulenken und als er sah, daß Hertha verhaftet wurde, hatte er den Genossen sich selbst überlassen und war zum Angriff übergegangen.

Nein, der Angriff war planmäßig vorbereitet und, wie jedes anarchistische Attentat in doppelter Ausführung. Gelang der Schuß nicht, so mußte die Dynamitexplosion zum Ziel führen. Ganz recht, so war es, und die Möglichkeit der Dynamitexplosion die auch Hertha vernichtet hätte, hatte den Professor dazu getrieben, sich zu entdecken.

Ob es noch gelingen konnte, Lamprechts Genossen zu verhaften? Ob es überhaupt Zweck hatte? An dem einen lag ja nichts, da man eine Hauptpersönlichkeit in Lamprecht zur Verfügung hatte. Ihm zu folgen, das war das nächste Gebot und daß die Fahnder des Frankfurter Präsidiums diesen Zweck zuerst verfolgen würden, dessen war Breitschwert sicher. Er konnte also in aller Ruhe den Dingen, die kommen sollten, entgegensehen. Kluge hatte er zunächst dem Professor auf die Spur geschickt, bis er von den Frankfurter Kollegen abgelöst würde. Es war also eine Pause in der Aktion eingetreten, die der rastlos tätige Mann endlich dazu benutzen konnte, sich selbst ein wenig Ruhe zu gönnen.

Wie verhängnisvoll ihm diese Ruhe werden sollte, das ahnte er jetzt noch nicht.

Gerade als er sich dem Schlummer hingab, verließ der Staatsanwalt das Forsthaus, ging hinunter nach dem Hammer und bat den Direktor um einen dienstfreien Arbeiter, der ihm ein Telegramm nach dem Bahnhof bringen konnte. Unbemerkt kehrte Rechenbach nach kaum zehn Minuten zu Hertha zurück und versicherte ihr, daß alles besorgt sei.

„Ich danke dir," sagte sie, „und ich bitte dich um Verzeihung, daß ich dich zum Mitschuldigen gemacht habe."

„Laß nur, es ist sicherlich so am besten. Was dein Bruder auch verbrochen haben mag . . ."

„Er hat noch nichts verbrochen, denn er ist keiner von den Männern der Tat. Er ist im Grunde nichts weiter als ein stiller Gelehrter wie der Fürst Peter Krapotkin, sein ganzes Verbrechen gipfelt in dem einen Umstand, daß er von den Bluttaten seiner Genossen Kenntnis hat und sie nicht verhindert."

„So ist es am besten, wenn er Deutschland auf immer verläßt. Aber nun, da ich dir dies große Opfer gebracht habe, bitte ich dich, sei ganz offen gegen mich."

Sie sah ihn mit einem verzweifelten, flehenden Blick an, so daß er seine Bitte sofort fallen ließ.

(Fortsetzung folgt.)

Erleichterung für Krupp-Bohlen und die Direktoren.

Düsseldorf, 19. Sept. In Ergänzung der Meldung, wonach Herr Krupp von Bohlen zusammen mit dem zugleich mit ihm im Krupp-Prozeß Verurteilten und Inhaftierten demnächst in die zu diesem Zweck von den Franzosen freigemachte Wohnung des Gefängnisdirektors übersiedeln werden, erfährt die Telegraphen-Union zuverlässig, die französische Verwaltung des Gefängnisses hat vielmehr auf Drängen von neutraler Seite aus Paris die generelle Verfügung erhalten, daß die im Krupp-Prozeß Verurteilten nicht wie bisher als Strafgefangene, sondern nunmehr als politische Gefangene zu behandeln seien und für ihre Behandlung die in den französischen Vorschriften geltenden Bestimmungen in Anwendung kommen müssen. Darnach sind diese Verurteilten, nämlich Herr Krupp von Bohlen, drei Direktoren und ein Betriebsratsmitglied Müller nicht mehr in Gefängniszellen, sondern in die für sie hergerichteten Einzelzimmer unterzubringen. Da derartige Räume im Gefängnis nicht vorhanden waren, wurden von der französischen Behörde Räume eines Nebengebäudes, nämlich die Wohnung des Gefängnisdirektors, beschlagnahmt.

Gegen unzulässige und anmaßende Beeinflussung der Presse.

Erklärung des Zeitungsverlegervereins.

Der Verein Deutscher Zeitungs-Verleger (Herausgeber der deutschen Tageszeitungen) E. V., hat sich veranlaßt gesehen, folgende Erklärung abzugeben:

„In der letzten Zeit ist vielfach und von verschiedenen Verbänden der Versuch gemacht worden, unter Androhung von Boykott und anderen Schädigungen bei einer Weigerung Zeitungen zur Veröffentlichung von zum Teil umfangreichen Erklärungen und Artikeln im einseitigen Interesse der betreffenden Verbände zu nötigen. Auf die gleiche Weise wird versucht, die Erörterungen der Forderungen der Verbände und die freie Kritik einzuschränken oder zu verhindern.

Deshalb sieht sich die berufene Vertretung der deutschen Zeitungen zu der Erklärung veranlaßt, daß die Presse nicht die Interessen einzelner Berufsklassen und ihrer Organisationen zu vertreten hat, vielmehr verpflichtet ist, Fragen, wie beispielsweise auch Besoldungs- und Steuerfragen oder irgend welche wirtschaftlichen oder politischen Forderungen und Reformvorschläge nach Maßgabe der Interessen des ganzen Volkes in voller Freiheit zu besprechen. Ueber die Aufnahme irgendwelcher Einsendungen müssen allein die zuständigen und verantwortlichen Leiter der Zeitungen entscheiden, die sich die Freiheit und die Grenze der Kritik lediglich durch ihre publizistische Pflicht und die gegebenen Gesetze bestimmen lassen. Sie würden ihre Pflichten gröblich verletzen, wenn sie sich durch Einwirkungsversuche, wie die hier geschilderten, irgendwie beeinflussen ließen.

Verein Deutscher Zeitungsverleger E. V.

Baldwin besucht Poincaré.

Paris, 18. Sept. Baldwin trifft heute abend aus Aix-les-Bains in Paris ein. Morgen vormittag wird er eine kurze Unterredung mit Poincaré auf dem Quai d'Orsay haben. Beide wurden von dem englischen Botschafter in Paris zum Frühstück geladen. Darauf sollen sie ihre Besprechungen fortsetzen. Es handelt sich — wie bereits mitgeteilt — um einen Höflichkeitsbesuch. Wenn bei dieser Gelegenheit auch politische Fragen gestreift werden, weil dies unvermeidlich ist, so darf doch nicht angenommen werden, daß die beiden Ministerpräsidenten irgendeine Lösung der verschiedenen schwebenden Probleme auch nur streifen werden. In Paris macht man übrigens darauf aufmerksam, daß von der Zusammenkunft zwischen Poincaré und Baldwin nichts zu erwarten sei. Die beiden, die sich bisher nicht kannten, werden persönlich zusammentreffen.

Aus einem Artikel des „Eclaire" gewinnt man den Eindruck, daß Poincaré in seiner morgigen Unterredung mit Baldwin das Sicherheitsproblem erörtern möchte. Aus diesem Artikel geht hervor, daß die Anregung für Poincaré, am Sonntag so ausführlich über das Sicherheitsproblem zu sprechen, von dem Chefredakteur des „Eclaire" gekommen war, der kürzlich in den Rheinlanden sich aufgehalten hatte und dabei zu seinem Schrecken erfahren mußte, daß man in Bonn damit rechnet, daß die Franzosen im Juli 1924 gemäß den Bestimmungen des Versailler Vertrages den Koblenzer Brückenkopf räumen müßten. Die englischen Offiziere in Köln seien weder blind noch taub, und es wäre nicht unmöglich, daß sie bei ihrer Regierung intervenierten, um ihr die Gefahr zu zeigen, die entstehen könnte, wenn die besetzten Gebiete allzu rasch verlassen werden würden.

Im Licht dises Artikels des Poincaré blind ergebenen „Eclaire" gesehen, versteht man die zwei Reden Poincarés, die er am Sonntag gehalten hat und die den Eindruck machen mußten, daß sie jeder Aktualität entbehren, weil das Sicherheitsproblem nicht auf der Tagesordnung steht. Aber Poincaré wußte genau, warum er seine Worte sprach. Wahrscheinlich wird er Baldwin dazu zu bereden suchen, daß er sofort in die Verlängerung der Besatzungsdauer des Koblenzer Brückenkopfes billigt. Um diesen Preis könnte vielleicht der französische Ministerpräsident irgendein für Deutschland übrigens unwesentliches Zugeständnis machen. Aber

das Wichtigste, worauf es den Franzosen in diesem Augenblick ankommt, ist selbstverständlich die Fortdauer der Besetzung der Rheinlande,

weil sie gerade in diesem Augenblick ihre für Deutschland furchterlichen Pläne durchführen wollen und den Kampf um das Ruhrgebiet nicht beenden wollen, ehe sie nicht aus den Rheinlanden das machten, was sie seit 1919 beabsichtigen, nämlich eine von Frankreich mehr oder weniger abhängige Provinz. Daß man wiederum auf den Plan von Foch zurückgreift, der im Jahre 1919 von der englischen Regierung in der schärfsten Form abgelehnt wurde, muß Deutschland zu denken geben.

Verschärfung der Balkanlage.

Jugoslawisch-bulgarische Reibungen. Italienische Divisionen bei Fiume zusammengezogen.

London, 18. Sept. Die Ernennung eines italienischen Generals zum Gouverneur von Fiume sowie der serbische Protest gegen die Zusammenziehung bulgarischer Banden haben nach englischer Auffassung abermals eine Verschärfung der Lage auf dem Balkan hervorgerufen. Man befürchtet hier, daß die Verhandlungen über Fiume sich als sehr schwierig erweisen werden, und es verlautet, daß Italien nicht weniger als 4½ Divisionen in der Umgebung der Stadt zusammengezogen habe. Die serbische Regierung hat in Sofia nochmals erklärt, daß jeder Angriff bulgarischer Banden von Serbien über die Grenze hinweg verfolgt werden würde. Telegramme beweisen, daß auf bulgarischem Boden Banden gebildet werden.

Bulgarien protestiert gegen das jugoslawische Ultimatum.

Paris, 18. Sept. Wie die „Chicago Tribune" berichtet, überreichte der bulgarische Geschäftsträger in Paris, Morfoff, dem stellvertretenden Direktor im Quai d'Orsay einen Protest gegen dieses jugoslawische Ultimatum an Bulgarien. Marfoff erklärte, er werde die Angelegenheit dem Völkerbund übergeben.

Der italienische Gouverneur in Fiume eingetroffen.

Paris, 18. Sept. Der neu ernannte Gouverneur von Fiume, General Giardino, ist in Fiume eingetroffen. Der zurückgetretene Vizepräsident der verfassungsmäßigen Versammlung, Depoli, empfing ihn im Regierungspalast und übergab ihm die Regierung. Vor seiner Abreise aus Rom hatte der General eine längere Besprechung mit Mussolini.

In hiesigen politischen Kreisen glaubt man, daß der letzte italienische Plan seit Monaten vorbereitet war. Im übrigen fehlt es hier auch nicht an Stimmen, die dieser Aktion Mussolinis ablehnend gegenüberstehen, da der neuernannte Gouverneur von Fiume General sei, was Mussolini mit der Annexion Fiumes bezwecke, wenn er gleichzeitig dem Völkerbund die Verträge von Rapallo und Santa Margareta zur Begutachtung einreiche. Jedenfalls wächst hier die Besorgnis wegen der Vorgänge auf dem Balkan ständig, und man bleibt auf Ueberraschungen gefaßt.

Jugoslawien rechnet nicht auf französische Unterstützung

Mailand, 18. Sept. Nach hiesigen Blättermeldungen rechnet man auf jugoslawischer Seite nicht allzusehr auf eine französische Unterstützung bei der Auseinandersetzung mit Italien über Fiume. Pasitsch habe vor der Entscheidung nochmals in Paris angefragt, wie weit die Unterstützung Frankreichs im Falle einer Verschärfung der jugoslawisch-italienischen Beziehungen ginge. Um die Lage nicht unnötig zu verschärfen, sollen die in der Umgebung Fiumes stehenden jugoslawischen Truppen vermindet worden sein. Die Nachricht wird als eine indirekte Bestätigung der Absicht Belgrads aufgefaßt, die Entscheidung des Völkerbundes anzurufen.

Mussolini hatte heute eine Unterredung mit dem serbischen Gesandten.

Die Untersuchungskommission in Albanien.

TU. Paris, 19. Sept. Die internationale Untersuchungskommission unter Führung des japanischen Obersten Tsibouna ist gestern in Janina eingetroffen und begann sofort mit der Nachforschung nach den näheren Umständen bei der Ermordung der italienischen Delegation bei der Grenzfestsetzungskommission.

Der Wiederaufbau der Isonzozone.

TU. Turin, 19. Sept. Die im Weltkriege durch die Wirkung der Artillerie ziemlich zerstörte Kampfzone am Isonzo ist infolge der erfolgreichen Wiederaufbauarbeiten kaum noch zu erkennen. Die landwirtschaftliche und gärtnerischen Arbeiten sind in diesem Gebiete in diesem Jahre wieder mit Erfolg aufgenommen worden. Das Gebiet hat nahezu wieder denselben Ertrag wie im Frieden.

Zur Lage.

Wie in Bochum (8000 Franken) und in Gelsenkirchen (6000 Franken), verlangten die Franzosen auch von der Stadt Herne Bezahlung von 6000 Franken. Dabei handelt es sich, wie aus Bochum gemeldet wird, nicht um wöchentliche, sondern um tägliche Zahlungen. Auch in anderen Städten haben die Franzosen derartige Forderungen gestellt. Sie sind abgelehnt worden. „Sanktionen" werden erwartet.

Zwecks Anlage von Exerzierplätzen im Landkreise Hörde für die französischen Truppen haben die in Frage kommenden Landwirte Anweisung erhalten, ihre Felder nicht mehr zu bestellen.

Die Stadt Gelsenkirchen ist seit dem 15. September ohne Gas. Gelegentlich einer Durchsuchung auf der Zeche Consolidation in Gelsenkirchen beschlagnahmten die Franzosen bei einer Sekretärin der Deutschen Volkspartei deren sämtliche Akten. Auf der Zeche Alma beschlagnahmten die Franzosen am 12. September das Holzmagazin. Beim Passieren der Sperre in Westhofen wurden einem gewissen Oberst aus Buchholz 2½ Milliarden Mark geraubt.

In Bochum beschlagnahmten die Franzosen am 17. September in der Stadthauptkasse 50 Milliarden, am 15. September einen Geldtransport von 80 Milliarden, der für die Firma Möller bestimmt war. In der Zeit vom 28. Februar bis 5. September sind von den Franzosen in Bochum etwa 100 Milliarden beschlagnahmt worden.

In Dortmund haben die Franzosen am 14. 9. im nördlichen Teil eine Demonstration der kommunistischen Jugend und der Erwerbslosen aufgelöst. Wegen einer in Dortmund von den Franzosen verhängten Getränkesteuer haben die Gastwirte ihre Lokale geschlossen.

Die neuen Eisenbahn-Fahrpreise.

Gültig ab 18. September.
(Ohne Gewähr.)
Multiplikator: 9 000 000.

		I. Kl.	II. Kl.	III. Kl.	IV. Kl.
Grundzahl je Kilometer (Personenzug) in Pfennigen		19,8	9,9	3,3	2,2
Schnellzug- Zuschl.	bis 75 km	3 M	1,5 M	0,5 M	—
	bis 150 „	6 „	3 „	1 „	—
	über 150 „	9 „	4,5 „	1,5 „	—
Platzkarte		1,6 „	0,8 „	0,3 „	—
Bettkarte		16 „	5 „	2 „	—
Vormerkgebühr 10%					

Bahnsteigkarte: 0,20 M Fahrradkarte: 0,50 M

Aus Stadt und Land.

Schwerte, den 20. September 1923.

Erinnerungen.

1863 Der Sprachforscher Jakob Grimm gestorben
1870 Einnahme Roms durch die Italiener. Ende der weltlichen Macht des Papstes.
1898 Der märkische Dichter Theodor Fontane gestorben.

— **Der Milchpreis** ist hier ab 19. September auf 1 440 000 M erhöht worden.

— **Die unsinnigsten Gerüchte** von einer Brückensprengung im besetzten Gebiete und einer neuerlichen Grenzsperre seitens der Besatzungstruppen durchschwirren wieder die Stadt. Auch von einer Zurücktretung des Reichskanzlers Stresemanns zirkulieren Gerüchte, wir sind in diesen Angelegenheiten mehrmals telephonisch angerufen worden. Nach Erkundigungen bei den zuständigen Behörden können wir mitteilen, daß alles eitel Geschwätz ist. Man soll doch wirklich einmal die Nervenkitzelei lassen! Besonnene Ruhe ist nötig!

— **Paßabstempelung.** Nach Mitteilung der französischen Besatzungsbehörde verlieren alle Stempel auf Pässen und Personalausweisen mit Ablauf des 30. Septembers d. Js. ihre Gültigkeit. Die neuen Anordnungen werden noch bekannt gegeben.

* **Warnung vor Annahme verfälschter Darlehnskassenscheine.** Darlehnskassenscheine mit dem Aufdruck einer erhöhten Wertangabe werden in neuerer Zeit von Betrügern in den Verkehr gegeben werden. Die Note ist aus weißem Papier und nur auf einer Seite bedruckt.

* **Eine Million für 1—2 Straßenbahn-Teilstrecken.** In Dortmund kosten seit Sonntag 1—2 Teilstrecken 1 Million Mark. Ab 9 Uhr wird ein Zuschlag von 200 000 M und ab 10 Uhr von 400 000 M erhoben.

* **Der Goldumrechnungssatz für die Landabgabe** wird in Zukunft nicht mehr einmal, sondern zweimal in der Woche festgesetzt, dabei ist bestimmt, daß der am Mittwoch jeder Woche übermittelte Multiplikator am Sonnabend der gleichen Woche in Kraft tritt und bis einschl. Dienstag der folgenden Woche maßgebend bleibt. An jedem Sonnabend wird der zweite Goldumrechnungssatz festgestellt, der dann am Mittwoch der folgenden Woche in Kraft tritt und bis einschl. Freitag gültig bleibt.

— **Beschleunigte Pensionszahlung.** Pensionäre und Hinterbliebene von Beamten beklagen sich immer mehr über eine verspätete Auszahlung ihrer Versorgungsgebührensätze. Der Reichsminister der Finanzen hat deshalb von Neuem auf die Wichtigkeit der Angelegenheit hingewiesen. Handelt es sich doch in manchen Fällen um Wochen und Monate. Der sinkende Geldwert verursacht so den Empfängern empfindlichen Schaden und vielfach schwerste Bedrängnis. Reichs- und Landesbehörden sollen die Angelegenheit dauernd im Auge behalten, so daß die Gehalts- und Ruhebezüge möglichst zu gleicher Zeit ausgezahlt werden.

* **Aenderung der Gebühren im Paket usw. Verkehr nach dem Ausland.** Der deutsche Gegenwert des Goldfranken bei der Gebührenerhebung im Auslands-Paket-, Zeitungs-, Telegramm- und Fernsprechverkehr ist mit Wirkung vom 18. September an auf 20 000 000 M festgesetzt worden. Dieses Umrechnungsverhältnis ist auch bei der Wertangabe auf Paketen und Briefen sowie auf Kärtchen mit Wertangabe nach dem Ausland anzuwenden. Nähere Auskünfte erteilen die Post- und Telegraphenanstalten.

Letzte Drahtmeldungen.

Eisenbahn und Post im Lörracher Gebiet stillgelegt.

TU. Lörrach, 19. Sept. Der Eisenbahnverkehr ist nahezu stillgelegt. Von der Schweizer Grenze werden keine Güterzüge mehr auf badisches Gebiet übernommen, da ein Teil der Eisenbahnarbeiterschaft sich mit den Streikenden in Lörrach solidarisch erklärt hat. Auch der Postverkehr ist in Lörrach eingestellt. Die als Geiseln festgenommenen Personen sind im Laufe des gestrigen Tages wieder freigegeben worden, sie haben aber so schwere Mißhandlungen erlitten, daß sie das Krankenhaus aufsuchen mußten.

Gutes Ergebnis der Devisenrazzia.

TU. Berlin, 19. Sept. Das finanzielle Ergebnis der großen Devisenrazzia in den Kaffees kann erst im Laufe des heutigen Tages festgestellt werden. Aber soviel kann schon gesagt werden, daß vom Dollar angefangen alle Valuten der Welt zutage gekommen sind. Am meisten wurden Dollars beschlagnahmt, die in erstaunlicher Menge durch die Devisenkommissare der Reichsbank zur Verfügung gestellt wurden. In einem einzigen Lokal hat man allein 2500 Dollars aufgestöbert, die nach dem gestrigen Kurse 375 Milliarden Papiermark ausmachen. In erheblichen Mengen wurden auch ausländische Schecks gefunden.

Die neue Buchhändler-Schlüsselzahl.

TU. Leipzig, 19. Sept. Die Schlüsselzahl im Buchhandel beträgt ab 20. September 30 Millionen.

Ein Schwarzwalddorf in Flammen.

TU. Frankfurt (Main), 19. Sept. Im Schwarzwalddorf Woltersdingen hat bei Südweststurm ein Feuer 30 Gehöfte vernichtet. Zwei Kinder sind dabei verbrannt.

Generalstreik in Freiburg.

TU. Freiburg, 19. Sept. Gestern nachmittag wurde hier der Generalstreik erklärt. Die Demonstranten stellen die gleichen Forderungen wie diejenigen in Lörrach. Die Ruhe ist bisher nirgendes gestört worden. Schutzmannschaft und Polizei wurden verstärkt.

Die Reparationsfrage vom Völkerbund ausgeschlossen

TU. Genf, 20. Sept. Die Tätigkeit des Völkerbunds war gestern durch Kommissionsberatungen ausgefüllt. Die zweite Kommission für die technische Organisation, bei deren Beratungen am Dienstag das Reparationsproblem angeschnitten wurde, brachte in ihrer gestrigen Debatte kein Ergebnis. Vielmehr zog der südafrikanische Delegierte auf Grund der Verhandlungen mit dem französischen Delegierten seinen Antrag auf eine Resolution, die der Völkerbund hinsichtlich der Reparationsfrage fassen sollte, wieder zurück. Hanotaux war in eigener Person zu der Sitzung erschienen und erklärte, wenn die allgemeine Lage es erforderlich mache, so würde man sich mit dieser Frage an den Völkerbund wenden.

Rücktritt des englischen Botschafters in Washington.

London, 18. Sept. Stanley Baldwin wird sofort nach seiner Rückkehr nach London einen Wechsel auf dem Botschafterposten in Washington vornehmen, da Sir Audland Geddes aus Gesundheitsrücksichten seinen Posten niederzulegen wünscht.

Befriedigung in London und Paris.

TU. London, 20. Sept. Der Ton des amtlichen Communiqués über die erste Zusammenkunft Baldwins mit Poincaré hat auf die politischen Kreise in London einen guten Eindruck gemacht. — Telegramme aus Paris lassen erkennen, daß auch in französischen politischen Kreisen die größte Zufriedenheit empfunden wird.

Keine Sonntagsbriefbestellung in der Schweiz.

TU. Basel, 19. Septbr. In der gesamten Schweiz wurde die Briefbestellung an Sonntagen aufgehoben.

Handel und Börse.

Telegraphische Auszahlung am 19. September 1923.

Amsterdam-Rotterdam	71 779 000
Buenos Aires	59 749 000
Brüssel u. Antwerpen	8 822 000
Christiania	29 273 000
Kopenhagen	33 082 500
Stockholm	48 320 500
Helsingfors	4 932 250
Italien	8 801 500
London	827 062 500
Ein Dollar	182 455 000
Paris	10 626 500
Schweiz	23 080 000
Spanien	24 461 000
Wien (abgestempelt)	256 640
Prag	5 413 650
Budapest	9 624

Front und Etappe.

An der Ruhr tobt die Schlacht. Und die Etappe, das unbesetzte Deutschland, hat die Pflicht, die Front mit allem Lebensnotwendigem zu versehen. Tut die Etappe ihre Pflicht? Die Frage stellen, heißt schon, sie verneinen. Es gibt auch nicht einen Menschen in Deutschland, der heute zu behaupten wagte, das deutsche Volk habe die finanziellen Opfer gebracht, die zu bringen, unumgängliche Notwendigkeit ist. Nur darüber herrscht Streit, wer am meisten gegen das Gebot der Stunde gesündigt habe. Man könnte lachen, wenn es nicht so traurig wäre, daß noch kaum einer den Mut gefunden hat, frei und offen zu bekennen: **Wir alle sind schuld!** Statt die Steuern rechtzeitig aufzulegen und einzuziehen, wartet lieber jeder ab, bis er das gleiche oder ein noch größeres Geldopfer durch die Geldentwertung gebracht hat. Das ist ebenso schändlich wie dumm. Und es ist gar erbärmlich, wenn einzelne Wirtschaftsklassen und dazugehörige Parteien Steuerprogramme aushecken, die nur dem andern weh tun sollen. Und auch das ist dumm; denn allen erklügelten Theorien zum Trotz gibt es keine Steuern, jedenfalls keine neueingeführten Steuern, die nicht die Volkswirtschaft allgemein berühren. Selbst Luxussteuern stören irgendwie den volkswirtschaftlichen Produktionsprozeß, weil mit der Herstellung von Luxusgegenständen Arbeit verbunden ist, die von menschlichen Händen und Köpfen geleistet wird.

Natürlich erfordert steuerliche Gerechtigkeit und staatspolitische Klugheit, daß die steuerliche Belastung der Tragfähigkeit der Schultern angepaßt ist. Aber um diese Binsenwahrheit handelt es sich für uns jetzt gar nicht. Sondern es handelt sich darum, allen Schichten des deutschen Volkes klar zu machen, daß Steuern eine Last nicht für die andern, sondern für uns alle sind, daß es ums Ganze geht und unser passiver Widerstand nur halten kann, wenn alle durch die Steuern schwere Opfer bringen, — auch von der Substanz. Mit kleinen Trinkgeldern, wie Ruhrspenden, ist nichts mehr getan. Jetzt heißt es, nicht nur den Mund zu spitzen, nein, pfeifen. Wir stehen vor einem furchtbaren Kriegswinter, und wir haben die verfluchte Pflicht und Schuldigkeit, uns auf diesen Kriegswinter so gut wie möglich vorzubereiten.

Das Wort: passiver Widerstand hat anscheinend eine arge Verwirrung in vielen Köpfen angerichtet. Viele glauben offenbar, passiver Widerstand sei mit lässigstem die Dinge gehen lassen, wie sie gehen, identisch, oder sie verwechseln passiven Widerstand mit Feigheit. Dabei ist es nicht Kriegspsychose oder Utopie, sondern nackte Wahrheit, daß wir im Kriege, in dem Rübenwinter z. B. viel Schwereres erduldet und ertragen haben. Dieser Krieg an der Ruhr ist für uns Deutsche weniger eine materielle, als eine moralische Angelegenheit. Ein Blick auf die englische Politik zeigt uns das: Unser passiver Widerstand beginnt, die englisch-französischen Beziehungen grundsätzlich umzugestalten, trotz aller Die Hards, trotz Lord Rothermere und seiner „Daily Mail". Noch ist es nur ein Anfang. Die englische Politik hat sich noch immer dadurch ausgezeichnet, daß sie vorsichtig, Schritt für Schritt, Wandlungen vollzog.

Die Steuerwilligkeit des deutschen Volkes entscheidet darüber, ob wir als Volk noch Berechtigung zur Existenz haben. Steuerscheu ist Vaterlandsverrat! Wenn wir unterliegen, wenn wir kapitulieren, wie die Franzosen es fordern, dann ist das gleichbedeutend mit Zerstörung unseres Produktionsprozesses und mit Vernichtung aller Substanz. Als die Engländer den mehr als zwanzigjährigen Kampf mit Napoleon vor hundert Jahren beendet hatten, lastete auf ihnen eine innere Schuld von 1,1 Milliarden Pfund. Eine horrende Summe für damalige Zeit. Aber das Opfer hat sich glänzend bezahlt gemacht. Und auch in unserem großen Kriege haben die Engländer steuerlich im Gegensatz zu uns voll ihre Pflicht getan. Wir sollten uns an ihnen ein Beispiel nehmen.

Der Priester mit umgeschnalltem Revolver.

Die Einbruchsarmee hat auch Feldpriester mitgebracht. Mancher hat sich als Spion Lorbeeren erworben, indem er Gottesdienst besucht und hinterher seine deutschen Konfratres angeschwärzt hat, sodaß sogar in einem Falle ein solchergestalt bespitzelter katholischer Geistlicher ausgewiesen wurde. Wie alle Franzosen sind auch die französischen Priester ängstlich und tragen ihren Revolver bei sich. Ein sonderbarer Anblick: Kreuz und Revolver.

Ein höherer französischer Militärpriester kam kürzlich nach Langendreer, das stark besetzt ist. Er erkundigte sich nach allem, dabei erfuhr er, daß eine Jungfrauenkongregation gerade Versammlung habe. Er ging in diese hinein und hörte zu. Dem Manne im Priesterkleide, auch wenn er Feind ist, bezeugt man Achtung, und gestattete ihm auf seinen Wunsch auch, daß er einige Worte zur Versammlung redete. Der Abbé erhob sich. Zunächst überbrachte er Grüße der katholischen Brüder und Schwestern in Frankreich. Allgemeine Verwunderung. Dann führte er aus, daß der Franzose in friedlichster Absicht ins Ruhrgebiet gekommen sei, daß sie nur ihr Recht suchten und nichts gegen das deutsche Volk im Schilde führten. Erst leise Unterbrechung seitens der Mädchen, dann aber erscholl es: Warum tragen Sie als Priester denn einen Revolver? Unsere Geistlichen tun es nicht. Warum werden Unschuldige mißhandelt? Frauen und Kinder aus ihrem Heim verjagt? Tausende gefangen gesetzt? Die Lebensmittelzufuhr ungeheuer erschwert, sodaß Hunger und Teuerung ins Land ziehen?

Dem Abbé ward es schwül zumute, er setzte sich. Bald darauf bat er, es möge ihm jemand den Weg zum Pfarrhause zeigen. Niemand meldete sich. Schließlich stand ein resolutes Mädchen auf und erbot sich, den französischen Priester zu begleiten. Was er da unterwegs von dem Mädchen zu hören bekam, wird er wohl nicht in sein Tagebuch einschreiben. Schließlich war das Pfarrhaus erreicht. Der Abbé ließ sich beim Pfarrer melden. Der aber bedauerte, ihn nicht empfangen zu können. Und der Priester mit umgeschnalltem Revolver zog ab.

A. v. Laer.

Die Marokkaner in Frankreich.

Um sich ein Bild davon zu machen, wie die französischen Marokkaner im besetzten Deutschland, auf das die französische Regie sie wie aufgereizte Bluthunde losgelassen hat, hausen, empfiehlt es sich, sich zu vergegenwärtigen, wie die Marokkaner es in anderen Ländern, besonders in ihrem Mutterlande Frankreich treiben. Wir entnehmen dem „Journal" vom 25. Juli die nachstehende Meldung aus Moulin: Herr Stons, ein Zimmermann in Varennes-sur-Allier, hatte seinen 14jährigen Sohn Paul bei einem Bauern in Saint-Loup als Kuhhirt vermietet. Wie gewöhnlich hütete der Junge seine Herde an den Ufern der Allier, als zur Stunde der Mahlzeit sein Dienstherr zu seiner Ueberraschung die Herde ohne Hirten zurückkehren sah. Beunruhigt machte er sich auf die Suche nach dem Jungen und fand bald seinen blutüberströmten Leichnam am Ufer. Man hatte dem unglücklichen Kinde die Gurgel zerschnitten und das Haupt fast vom Rumpfe getrennt. Die herbeigerufene Gendarmerie machte sich unverzüglich auf die Spur. Schon die ersten Feststellungen führten zu dem Resultat, daß der junge Schäfer das Opfer eines Sadisten geworden war, der an ihm Akte vollzogen hatte, deren öffentliche Wiedergabe unmöglich ist. Die Gemeinde von Sait-Loup beherbergt jetzt eine beträchtliche Anzahl von marokkanischen Arbeitern, die bei dem dortigen Bahnbau beschäftigt sind. Von ihnen wurden zwei Algerier in Saint-Pourcain-sur-Sioules verhaftet. Ein dritter, der Tat dringend verdächtiger Marokkaner, wird noch gesucht. Das abscheuliche Verbrechen hat überall im Lande lebhafte Entrüstung erregt.

Die Preisentwicklung in Frankreich.

Die letzveröffentlichten französischen Großhandelsindexzahlen lassen erkennen, daß nach der Periode des Preisabbaues im April und Mai die Preise in Frankreich wieder anzuziehen begannen. In den einzelnen Monaten lauten die Indexzahlen wie folgt:

Januar	447
Februar	487
März	490
April	479
Mai	470
Juni	472

Besonders bemerkenswert ist, daß der Großhandelsindex 1923 ganz erheblich über dem Durchschnitt des Jahres 1922 liegt. Er betrug damals nur 377 (1913 = 100), und war damit nicht unerheblich unter den des Jahres 1921 gesunken. Zu dem letzthin zu beobachtenden Anziehen der Preise haben besonders die Preissteigerungen auf dem Lebensmittelmarkt beigetragen, auf dem der Index von 373 auf 415 von Mai bis Juni gestiegen ist.

Es ist damit zu rechnen, daß die Preise in Frankreich weiter steigen werden. Das geht schon daraus hervor, daß die letzte Frankenbaisse in den Großhandelskreisen noch keineswegs zum Ausdruck gekommen ist. Sobald das der Fall sein wird, wird die Preissteigerung natürlich erheblich zunehmen.

Anzeigenpreise ab 15. Sept.:

Die Grundpreise betragen:

Für die achtgespaltene Millimeterzeile oder deren Raum:

Lokale	40.— Mk.
Auswärts	80.— „
Reklame	140.— „
Auskunftsgebühr	5.— „
Offertengebühr	10.— „

Die Grundpreise sind mit der Schlüsselzahl (ab 15. September 12 000) zu vervielfältigen.

Bekanntmachung.

Mit Wirkung vom 19. September 1923 wird für den Landkreis Hörde der Preis für

1 Liter Vollmilch auf 4400000 Mark

festgesetzt.

Hörde, den 19. September 1923.

Der Kreisausschuß des Landkreises Hörde.

Bekanntmachung.

betr. Herbstferien für die Volksschulen des Landkreises Hörde.

Im Anschluß an die Bekanntmachung vom 17. Juli 1923, die Festsetzung der Sommerferien betreffend, werden hiermit im Einvernehmen mit den Herren Kreisschulräten und nach Anhörung der Ortsschulbehörden die Herbstferien der Volksschulen in den Landgemeinden des Kreises Hörde und zu Schwerterheide auf eine Gesamtdauer von 14 Tagen und zwar so festgesetzt, daß der erste Ferientag auf **Montag, den 1. Oktober 1923 fällt und der Unterricht wieder am Montag, den 15. Oktober 1923 beginnt.**

Von diesen Ferien werden nicht berührt die Mittel- und Volksschulen im Schulbezirk **Annen-Rüdinghausen**, der Ortschaft **Hombruch** und die übrigen Schulen der Stadt Schwerte, für welche nach der Verfügung der Regierung in Arnsberg die Ferienordnung für Orte mit höheren Schulen oder Seminarien gilt.

Die kath. Schule Loh erhält nur noch 8 Tage Herbstferien. Hier beginnt der Unterricht bereits wieder am Montag, den 8. Oktober 1923.

Hörde, den 17. September 1923. 2993

Der Landrat:
J. V. gez.: Büscher.

Statt besonderer Anzeige!

Als ein Opfer seines gefahrvollen Berufes verschied heute nachmittag 6 Uhr mein innigstgeliebter unvergeßlicher Mann, unser treusorgender Vater und Schwiegervater, unser herzensguter Sohn und Schwiegersohn, Bruder, Schwager, Onkel und Neffe, der

Dachdeckermeister Heinrich Scherz

im Alter von 53 Jahren, wohlvorbereitet durch einen echt christlichen Lebenswandel und nach regelmäßigem Empfang der hl. Sterbesakramente der römisch-katholischen Kirche.

Um stille Teilnahme bitten

Die trauernden Hinterbliebenen:

Witwe Kath. Scherz, geb. Hamsbruch nebst Kinder.
Witwe Anton Scherz und Anverwandte.

Schwerte, den 18. September 1923.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 23. September 1923, nachm. 3½ Uhr, vom Trauerhause Kampstraße 10 aus, statt, das feierliche Seelenamt am Montag, den 24. d. M., vorm. 7,10 Uhr in der Pfarrkirche hierselbst.

Handwagen

zu kaufen gesucht.
Gefl. Offerten unter Nr. 2989 an die Geschäftsstelle erbeten.

Zimmeröfen mit Rohr

zu verkaufen oder gegen Herren-Fahrrad zu vertauschen. 2987
Wo, sagt die Geschäftsstelle.

Technikum Lemgo
(Lippe)
Höhere technische Lehranstalt
Staatskommissar.

Wie vermindere ich die Kosten für Schuhreparaturen?
Nur dadurch, daß ich „schwarze Sohlen" verwenden lasse.
Dieselben sind zu haben bei
H. Hitzegrad, Schuhmachermeister
— Senningsweg 26. —
Spezialität: Anfertigung von orthopädischen Schuhen für **Kriegsbeschädigte.** 1953
Zugelassen vom Versorgungsamt Dortmund.

Reparatur-Werkstatt
für
Klavier, Flügel und Harmonium.
P. Gendrong, Kleppingstr. 1.
Sämtliche einschl. Arbeiten werden fachmännisch und sauber ausgeführt.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden unserer lieben Mutter sagen wir unseren innigsten Dank.

Familie Thomas.
Familie Hölken.

Westhofen, den 20. September 1923.

Nach langjähriger Ausbildung an der städt. Augenklinik in Dortmund habe ich mich in Schwerte in meinem Elternhause, Ostenstraße 26, als

Augenarzt

niedergelassen. 2988

Sprechstunde: **9—12 Uhr vorm.**
3—4,30 Uhr nachm.

Samstag Nachmittag und Sonntag keine Sprechstunde.

Dr. med. Albert Raffin.

FAMILIENANZEIGEN
liefert schnell und billig
„SchwerterZeitung"

Lichtspiele zur Reichskrone

Heute zum letzten Male!
Der zweite Teil des gewaltigen Filmwerks
Auf den Spuren des weißen Sklavenhandels!
2. Teil 2. Teil
Durch Schiffbruch zum Strande!
Tiefergreifendes Drama in sieben gewaltigen Akten. 2968

Der große Abenteuerfilm
Durch Flammen und Fluten!
Abenteuerfilm in sechs spannenden Akten.

Lichtspiele zur Reichskrone

Voranzeige!
Ein Ereignis für Schwerte!
Ab morgen der zurzeit am meisten besprochene Film:

Polikuschka

Ein Drama in 6 Akten nach der Erzählung von
Leo Tolstoj

Inhaber des Weltmonopols. — Internationale Arbeiterhilfe für Sowjetrußland. — Filmamt für Sowjetrußland, Berlin.

Der Film hat in den wenigen Großstädten, in denen er bis heute gezeigt wurde, das denkbar größte Aufsehen erregt. Er wird auch seine Wirkung auf das hiesige Publikum nicht verfehlen. Es ist der **erste** Film aus Sowjet-Rußland und vielleicht der erste Film, der das Werk des Dichters vollkommen wiedergibt: die Geschichte vom Helden aus der Hefe des Volkes — und die Tragödie des Geldes und aller Menschen, die unter ihm leiden und zugrunde gehen.

Ein Bild, das Sie unbedingt gesehen haben müssen!